

Eigentlich wollte ich mich beim Bürgermeister bedanken, dass er sich die Zeit nimmt, die Unterschriftenlisten aus der Petition „Abschaffung der Straßenbeiträge in Riedstadt“ entgegen zu nehmen. Aber er meinte, wir sollten in den 3. Stock kommen, da werden wir aber nicht hingehen. Nicht wie zuerst abgesprochen, hier her zu kommen, ist für mich fehlende Wertschätzung in der Sache und eines Bürgermeisters nicht würdig.

Danke an euch alle die ihr gekommen seid, die Abschaffung der Straßenbeiträge in Riedstadt zu unterstützen.

Über 2.500 Unterschriften ist unter den Corona-Gegebenheiten ein ordentliches Ergebnis. Ohne Corona hätten wir die Petition noch besser bewerben und begleiten können und hätten bestimmt weitaus mehr Unterschriften reingeholt. Und wenn die überfälligen Beitragsbescheide für 2020 schon zugestellt worden wären, hätte auch das für einen weiteren Impuls gesorgt.

Über 2.500 Unterschriften sind etwas mehr als 10% der Einwohnerzahl von Riedstadt. Da hier aber überwiegend Erwachsene unterschrieben haben, muss ein anderer Bezug hergestellt werden. Bei der letzten Kommunalwahl 2016 hatten wir in Riedstadt knapp 18.000 Wahlberechtigte. Davon haben 46% ihre Stimme abgegeben, also etwas über 8.000 Stimmen. Bezogen auf diese 8000 Stimme, sind über 2.500 Unterschriften schon über 30%. Dieses Verhältnis sollte der Bürgermeister und die Stadtverordneten mal auf sich wirken lassen.

Für den Bürgermeister ist die Straßenbeitragsatzung von den möglichen Lösungen die gerechteste. Im Juli 2020 hatte der Bürgermeister jedoch auf der Infoveranstaltung in Leeheim sinngemäß gesagt, dass das Gesetz, das dieser Satzung zugrunde liegt, nicht gerecht sei, da Riedstadt nicht als eine Stadt abgebildet werden kann. Der Kern dieser Aussage ist, dass das Gesetz nicht gerecht ist. Wie kann dann die Straßenbeitragsatzung, die auf diesem Gesetz basiert, gerecht sein? Von gerecht ist nur zu sprechen, wenn in Riedstadt alle gleich viel bezahlen müssten!

Ich hatte dem Bürgermeister zu einer Podiumsdiskussion angesprochen, in der er Pro und ich contra übernehmen sollte. Dazu sagte er, dass er für einen „Vorführtermin“ nicht zur Verfügung stehe. Ich weiß nicht, wie er darauf kommt, dass ich ihn vorführen wolle. Ich suche immer die sachliche Auseinandersetzung und wenn ihm dabei die Argumente

ausgehen und er sich deshalb „Vorgeführt“ fühlt, dann kann ich ihm natürlich nicht helfen.

Die IG steht für die Abschaffung der Straßenbeiträge und hat dafür vorgeschlagen, den Straßenbau fremd zu finanzieren und diese Fremdfinanzierung über die Grundsteuer B abzuwickeln. Dazu hat das Rathaus eine Berechnung erstellt, die eine relative geringe Erhöhung der Grundsteuer B ausweist. Diese geringe Erhöhung der Grundsteuer B sollte der Haushalt eigentlich ohne größeres Zutun tragen können. Eine Grundsteuer B-Erhöpfung hätte danach, bezogen auf mein Grundstück mit 580 m<sup>2</sup>, über einen Zeitraum von 5 Jahren in der Summe keine € 100 ausgemacht, also € 20 pro Jahr. Jetzt zahle ich in diesem Zeitraum fast € 4.000. Und bei einer durchschnittlichen Grundsteuer B-Erhöpfung von € 20 in den nächsten 5 Jahren, würde sich bestimmt keiner benachteiligt fühlen.

Wir haben den Widerspruch zu den wiederkehrenden Straßenbeiträgen gegenüber dem Magistrat sehr ausführlich begründet. In diesem Zusammenhang ein Dankeschön an unseren Rechtsanwalt, Konrad Dörner aus Bad Nauheim für die geleistete juristische Fleißarbeit. Über 500 Widersprüche haben auf diese Begründung Bezug genommen. Aus den vorgetragenen Argumenten und der hohen Zahl an Widersprüchen müsste der Bürgermeister und die Stadtverordneten eigentlich die Erkenntnis ziehen, dass die „Satzung über die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge“ mit erheblichen Mängeln behaftet ist, die sich nur mit der Abschaffung der Satzung heilen lassen.

Ob in Riedstadt wieder Ruhe einkehren kann oder es einer rechtlichen Auseinandersetzung bedarf, liegt einzig und allein in der Hand der Stadtverordneten. Vielleicht wäre es hilfreich, wenn der Bürgermeister sich bei seinem Amtskollegen in Pfungstadt schlau macht, warum die Straßenbeitragssatzung in Pfungstadt vom Gericht gekippt wurde.

Danke fürs Zuhören. Jetzt bringt Hannelore Pletz und ich die Kiste mit den Unterschriften an den Empfang, verbunden mit der Hoffnung, dass ein Weg gefunden wird, auch in Riedstadt die Straßenbeiträge abzuschaffen.